

Dr. Erwin Buchinger
Anwalt für Gleichbehandlungsfragen
für Menschen mit Behinderung



Was wurde aus der Mindestsicherung?

Impulsvortrag Erwin Buchinger

10 Jahre Armutskonferenz

Salzburg,

24.02.2015



Der Behindertenanwalt

- Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, die sich **diskriminiert** fühlen
- Bürgersprechtage in allen Bundesländern
- Untersuchungen, Berichte und Empfehlungen
- Zusammenarbeit mit wichtigen Akteuren
- Jährlicher Tätigkeitsbericht
- Jährlich ca. 1300 Beschwerdefälle
- Unterstützung durch Büro mit 6 MitarbeiterInnen
- BA ist weisungsfrei und unabhängig



Inhalt

- **Kurze Vorstellung der Behindertenanwaltschaft**
- **Die Ausgangslage bis 2007**
- **Politische Zielsetzungen zur Armutsbekämpfung in SPÖ und Regierung Gusenbauer**
- **Ergebnisse zum Ende der Regierung Gusenbauer**
- **Umsetzung seit 2010**



Die Ausgangslage bis 2007

- (drohende) Erhöhung der Armutsgefährdung in Österreich durch: Massenarbeitslosigkeit, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, Rückgang der Realeinkommen bei NiedriglohnbezieherInnen, Rückbau von Sozialleistungen, Zunahme der Migration...
- Zersplitterung des Sozialhilferechts in den Bundesländern
- Laufend kritische Rückmeldungen (u.a. der Armutskonferenz) über den Vollzug des Sozialhilferechts
- Beschluss der Landessozialreferentenkonferenz April 2002 betreffend einer „weitestmöglichen Harmonisierung der verschiedenen Vorschriften! – Zwischenbericht 2003
- Diskussionsvorschlag für eine soziale Mindestsicherung durch Univ. Prof. Pfeil (März 2004)



Politische Zielsetzungen der Armutsbekämpfung in SPÖ und Regierung Gusenbauer 2007/2008

SPÖ formuliert 3 Säulen der Armutsbekämpfung:

- * **Vollbeschäftigung**
- * **gute Arbeit (Arbeitsbedingungen, Löhne, SV)**
- * **Armutsfestes Soziales Sicherungssystem**

In Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP wird ein Regierungsprogramm mit einem eigenen Teil **Armutsbekämpfung** beschlossen (Seite 109 f):

- * **Mindestlohn auf Basis Generalkollektivvertrag (€ 1000)**
- * **Einführung einer BMS in Höhe AZ und 14x**
- * **Ausbau mindestensichernder Elemente in der AlV**
- * **One Stop-Shop beim AMS**

geplante Umsetzung per 1.1.2009



Ergebnisse zum Ende der Regierung Gusenbauer (Dezember 2008)

- Laufender Rückgang der Arbeitslosigkeit – Annäherung an Vollbeschäftigung
- Zweimalige Außerordentliche Erhöhung des AZ-Richtsatzes
- Wegfall des AIV-Beitrages für Einkommen unter € 1.100 und Halbierung des Satzes bis € 1.350
- Mindestlohn € 1000.- mittels Generalvertrag der Sozialpartner
- Voller SV-Schutz für freie DienstnehmerInnen
- Möglichkeit der frw. Einbeziehung in die AIV für Selbständige
- Deckelung der Rezeptgebühren mit max. 2% des Nettoeinkommens
- Bund/Länderprojektgruppe, eingerichtet am 12.2.2007, legt Entwurf einer Vereinbarung nach Art. 15a B-VG vor (Problem K)



Umsetzung seit 2010

- Konsens mit Kärnten erreicht – Art. 15a Vereinbarung tritt mit 1.12.2010 in Kraft (
- Umsetzung auf Bundesebene mit 1.9.2014
- Umsetzung auf Landesseite mit 1.10.2011 (OÖ) abgeschlossen
- Wesentliche Verschlechterung: grundsätzlich nicht 14x sondern 12x jährlich
- Stärkere Anbindung an den Arbeitsmarkt – in Ländern kaum stattgefunden (W, OÖ, Stmk 2, S 3 Projekte) auf Bundesebene (AMS) wohl gut ausgebaut. Insgesamt wohl deutlicher Zusammenhang mit AM-Situation generell (lt. Evaluierung 2014)
- tw. Nichteinhaltung der Art.15 a Vereinbarung durch Länder bei MmB und Verschlechterungsverbot ohne Auswirkungen
- Mehraufwand des Bundes 2012: 224, 12 Mio, 2013: 258,6 Mio

